Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

# Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

## Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

11.11.1992 - Beschlußprotokoll 21. Sitzung

**Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen**

Visual Library

**BREMISCHE BÜRGERSCHAFT**
Landtag
13. Wahlperiode

**Beschlußprotokoll**
21. Sitzung
11. 11. 92
Nr. 13/290 — 13/298

## Nr. 13/290

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Stärkung der beruflichen Bildung
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 25. September 1992
   (Drucksache 13/342)

2. Zukunft der beruflichen Bildung im Lande Bremen
   Große Anfrage der Fraktionen der FDP, der SPD und DIE GRÜNEN
   vom 15. Oktober 1992
   (Drucksache 13/362)

   Dem Senat wurde Fristverlängerung bis zum 1. Dezember 1992 gewährt.

3. Energiepolitik im Lande Bremen
   Große Anfrage der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP
   vom 17. September 1992
   (Drucksache 13/335)

   Dem Senat wurde Fristverlängerung bis zum 10. November 1992 gewährt.

4. Bremisches Gesetz zur Ausführung des Wasserverbandsgesetzes (BremAGWVG)
   Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 1992
   (Drucksache 13/376)

5. Wahl eines Mitglieds des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

6. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Datenschutzausschusses

7. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses „Bundes- und Europaangelegenheiten"

8. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Richterwahlausschuses

9. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des nichtständigen Ausschusses „Reform der Landesverfassung"

10. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Untersuchungsausschusses „Stadtwerke"

11. Wahl eines Mitglieds der Deputation für Wissenschaft

12. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

## Nr. 13/291

**Vereidigung eines Mitglieds des Staatsgerichtshofs**

Das nachstehend aufgeführte Mitglied des Staatsgerichtshofs leistet gemäß § 4 Absatz 5 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vor der Bürgerschaft folgenden Eid:

„Ich schwöre, daß ich das mir anvertraute Amt eines Mitglieds des bremischen Staatsgerichtshofs gewissenhaft und unparteiisch ausüben, die Gesetze und rechtlichen Gewohnheiten nach meinem besten Wissen und Gewissen anwenden und mich jederzeit für die demokratische Staatsform im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen einsetzen werde."

Das Mitglied des Staatsgerichtshofs leistet den Eid mit folgenden Worten:

Herr Dr. Jörg Bewersdorf: „Das schwöre ich."

## Nr. 13/292

**Aktuelle Stunde**

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Bürger, Elisabeth Motschmann, Kudella und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Fortsetzung des Schulchaos in Bremen — Zwischenbericht der Gymnasienverhinderungskommission"

## Nr. 13/293

**Sanierungsprogramm für die Freie Hansestadt Bremen**
Mitteilung des Senats vom 13. Oktober 1992
(Drucksache 13/359)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## Nr. 13/294

**Sanierungsprogramm für die Freie Hansestadt Bremen**
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, DIE GRÜNEN und der FDP vom 10. November 1992
(Drucksache 13/392)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt das vom Senat vorgelegte Sanierungsprogramm für die Freie Hansestadt Bremen. Das Programm zeigt auf, wie die Haushaltswirtschaft des Landes in einem überschaubaren Zeitraum in einen dauerhaft verfassungsmäßigen Zustand zurückgeführt und der Handlungsspielraum für die Aufgaben des Landes und seiner beiden Stadtgemeinden wiedergewonnen werden kann. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet dabei den Senat, auch ergänzende Vorschläge der Fraktionen der Bürgerschaft (Landtag) zu prüfen.

2. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 27. Mai 1992 die extreme Haushaltsnotlage des Landes anerkannt und in gebotener Klarheit die Verpflichtung durch den Bund und die anderen Länder zur Hilfe bei der Beseitigung festgelegt. Zur Stärkung der Wirtschafts- und Steuerkraft ist es notwendig, mit Hilfe von wirtschaftsfördernden Investitionen erhebliche Rückstände beim Wirtschaftswachstum der Vergangenheit abzubauen. Deshalb muß im Rahmen des Sanierungsprogramms neben der Senkung der Zinslast durch Entschuldung eine Erhöhung der Investitionsquote angestrebt werden.

   Mit Hilfe präventiver Strukturpolitik kann die Voraussetzung für ein qualifiziertes und umweltverträgliches Wachstum erzielt werden. Ein steigender Grad an Selbstfinanzierung entlastet dann die Ländergesamtheit durch niedrigere Zahlungen an Bremen innerhalb des Länderfinanzausgleichs.

Zur Beseitigung der extremen Haushaltsnotlage fordert das Bundesverfassungsgericht Anstrengungen und Einschränkungen auf allen Seiten, d. h. auch bei den übrigen Ländern und dem Bund. Deshalb ist Bremen aufgerufen, den im Sanierungsprogramm dargestellten und zumutbaren Eigenbeitrag zu leisten. Maßstab dafür können Leistungsvergleiche mit anderen Ländern sein.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Bund und die Länder auf, die Verhandlungen mit dem Senat über das Sanierungsprogramm umgehend aufzunehmen und bereits 1993 mit einer Entschuldung des Landes Bremen zu beginnen. Auf diese Hilfe hat Bremen einen Anspruch, für den unabhängig von der Neuordnung der Finanzbeziehungen nach dem Einigungsvertrag eine eigenständige Lösung zu erarbeiten ist.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) bekundet nachdrücklich die Bereitschaft und Fähigkeit der Freien Hansestadt Bremen, mit dem Sanierungsprogramm die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes wiederherzustellen und seine Lebensfähigkeit im Rahmen des Bundesstaates zu erhalten.

   Sie bittet alle Bürgerinnen und Bürger des Landes Bremen, in gemeinsamer Kraftanstrengung bei der Stärkung der Finanzkraft des Landes und damit der Sicherung der staatlichen Unabhängigkeit mitzuhelfen.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, alsbald einen verbindlichen Zeit- und Maßnahmenkatalog für die im Sanierungsprogramm für den Zeitraum bis 1996 genannten Maßnahmen und nach Ablauf eines jeden Jahres einen Bericht über die Umsetzung vorzulegen.

   Dabei sind im Rahmen der Fortschreibung des Grundinvestitionsprogramms u. a. die Investitionen für Häfen, den Wohnungsbau und die Stärkung der oberzentralen Funktion von Bremen und Bremerhaven sowie der öffentlichen Infrastruktur zur Sicherung der Standortqualität zu gewährleisten.

## Nr. 13/295

**Bremisches Abfallabgabengesetz (BremAbfAG)**
Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 1992
(Drucksache 13/373)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

## Nr. 13/296

**Gesetz über die Erhebung einer Grundwasserentnahmegebühr (BrGruWEGG)**
Mitteilung des Senats vom 27. Oktober 1992
(Drucksache 13/374)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU**
**vom 9. November 1992**
(Drucksache 13/388)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

## Nr. 13/297

**Stellenhebungen bei der Polizei**
Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. Oktober 1992
(Drucksache 13/354)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 13/298

**Stellenhebungen bei der Polizei (II)**
Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 11. November 1992
(Drucksache 13/396)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Druck: Hans Krohn, Bremen